

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 238 November 2009



DANIEL JOSITSCH

in den Regierungsrät.

P.P. Uster

Inhalt

Daniel Jositsch – eine starke Stimme für Sie Regierungsratswahl vom 29. November 2009 Von Christine Marchetto	3
«Zuhören und gemeinsam nach Lösungen suchen» Daniel Jositsch im Kurzinterview	4
Für eine selbstbewusste und aufstrebende Stadt Stadtpräsident Martin Bornhauser zu seiner Wiederkandidatur	5
Für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft Stadtpräsidentin Esther Rickenbacher zu ihrer Wiederkandidatur	6
Für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität Stadtpräsidentin Barbara Thalmann zu ihrer Wiederkandidatur	7
Endlich wird wieder über wichtige Themen diskutiert Eine Bilanz der letzten vier Jahre Von Balthasar Thalmann, Präsident der SP-Gemeinderatsfraktion	8
Die SP macht mit Volksinitiativen Dampf Zwei Initiativen gestartet: «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum» und «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen»	9
Auch wir Jungen wollen mitbestimmen Drei Juso-KandidatInnen auf der SP-Liste für den Gemeinderat Von Lucia Thaler, Seyhan Kähya und Marie Louise von Rohr	10
Scheinlösung für ein Problem, das keines ist Eidg. Abstimmung vom 29. November: Nein zu Mīnarettverbots-Initiative Von Andy Tschümperlin, SP-Nationalrat, Schwyz	11
Unsere Abstimmungs-Parolen für den 29. November	11
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 16 000 Exemplare
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–13431–8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder: Rolf Murbach
Layout: Ewald Feldmann
Vertrieb: Martin Zwysig
Druck: Ropress Zürich
Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. So besagt es ein beliebtes Polit-Sprichwort. Und noch nie war es so wahr wie jetzt, denn in den nächsten zwei Jahren wird sich in schnellem Tempo eine Wahl an die nächste reihen. Ende November wählen wir einen neuen Regierungsrat, im kommenden März Parlament und Stadtregierung von Uster, im April dann andere Behörden, im Frühling 2011 den Kantonsrat und im Herbst 2011 schliesslich National- und Ständerat. Kein Wunder also, dass auch diese FORUM-Nummer den Wahlen gewidmet ist – genauer gesagt sogar zwei von ihnen.

Zu den Regierungsratswahlen: Hier stellen wir Ihnen den Kandidaten der SP für das Regierungsamtsamt, Daniel Jositsch, etwas näher vor. Daniel Jositsch tritt zu dieser Wahl an, um den Zürcher Stimmberechtigten eine wirkliche Auswahl zu bieten. Nachdem die Grünen auf eine eigene Kandidatur verzichtet haben, standen nur bürgerliche Kandidaten verschiedener Schattierungen zur Auswahl. Und es kann ja nicht sein, dass linke und grüne WählerInnen am Wahlsonntag däumchendrehend zu Hause sitzen müssen. Deshalb hat sich die SP als grösste und stärkste Kraft im links-grünen Lager dafür entschieden, für sozial und ökologisch denkende Menschen eine echte Alternative zu bieten. Mit Daniel Jositsch.

Zu den Gemeindewahlen: In dieser FORUM-Nummer ziehen die drei Stadtratsmitglieder der SP, Stadtpräsident Martin Bornhauser sowie die Stadträtinnen Esther Rickenbacher und Barbara Thalmann, Bilanz über ihre bisherige Arbeit. Und sie erklären, weshalb sie motiviert sind, sich weitere vier Jahre für die Stadt Uster zu engagieren. SP-Fraktionspräsident Balthasar Thalmann nimmt eine Würdigung der städtischen Politik in der letzten Legislatur aus parlamentarischer Sicht vor. Seine Bilanz: Einiges wurde erreicht, über anderes wird vorläufig erst noch debattiert.

Debattiert wird auch schon lange über ein fussgängerfreundliches Stadtzentrum und über eine Unterstützung von Vereinen, welche mit Jugendlichen arbeiten. Die SP ist hier mehrmals mit Vorstössen am «Nein» der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat gescheitert. Jetzt macht die SP Uster auf der Strasse Druck: Sie hat zwei Volksinitiativen lanciert und sammelt dafür nun die notwendigen Unterschriften. Machen Sie mit und unterschreiben auch Sie. Auf unserer Wahlhomepage finden Sie Unterschriftenbogen für den Download und natürlich viele weitere Informationen zum Wahlkampf der SP: www.sp-uster-wahlen.ch

Regierungsrats-Wahlen vom 29. November 2009: Daniel Jositsch in den Regierungsrat

Daniel Jositsch – eine starke Stimme für Sie



Daniel Jositsch zeigte sich beeindruckt von der Uster Messe und der fachkundigen Führung durch SP-Stadträtin Barbara Thalmann.

Am 29. November tritt die SP Kanton Zürich bei den Regierungsrats-Ersatzwahlen mit Nationalrat Daniel Jositsch an und sorgt so bei den Wahlen für eine echte Auswahl zur rechtsbürgerlichen Kandidatur. Damit haben die Wählerinnen und Wähler Ende November eine echte Wahl: Wollen Sie so weiterfahren wie bisher? Oder wollen sie angesichts der grossen Herausforderungen der Zukunft die sozialen und ökologischen Kräfte stärken?

Von Christine Marchetto

Die Herausforderungen der Zukunft sind in zentralen politischen Fragen des Kantons Zürich enorm, namentlich in sozialen und ökologischen Fragen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch lange nicht ausgestanden, die Arbeitslosenzahlen werden weiter zunehmen, der Druck auf das kantonale Budget wird steigen. Harte Auseinandersetzungen stehen bevor. In der Umwelt-, Klima- und Verkehrspolitik droht ein Stillstand, obwohl die natürlichen Grundlagen fundamental bedroht sind.

Daniel Jositsch ist kompetent und erfahren. Daniel Jositsch überzeugt durch seine breite berufliche und politische Erfahrung. Nach dem Rechtsstudium an der Universität St. Gallen und anschliessendem Doktorat ist Daniel Jositsch heute Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Zürich. Anfang der 90er Jahre war er Geschäftsführer der schweizerischen Handelskammer in Kolumbien. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz arbeitete er als Rechtsanwalt und eröffnete im Jahr 2000 eine eigene Anwaltskanzlei. Von 2001 bis 2006 war Daniel Jositsch als Präsident der Schulpflege Stäfa tätig. 2006 war Daniel Jositsch Kantonsrat, seit 2007 dann Nationalrat. Er ist Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Seine Schwerpunktthemen sind: Recht und Justiz, Bildung, Wirtschaft, Umwelt- und Europapolitik.

Daniel Jositsch ist engagiert. Dank seiner Tätigkeit als selbständiger Rechtsanwalt und als Professor für Strafrecht und für Strafprozessrecht an der Uni Zürich ist er einer der besten Kenner unseres Justizsystems. Als

Mitglied des Vorstands des Kaufmännischen Verbandes Zürich und als Mitglied des Zentralvorstandes des Kaufmännischen Verbandes Schweiz engagiert sich Daniel Jositsch in der Angestelltenpolitik und kennt die Fragestellungen der Schweizer Wirtschaft.

Als Schulpräsident hat er eine Initiative gegen die Erhöhung der Klassengrössen lanciert, denn er glaubt nicht an eine Sparpolitik nach dem Rassenmählerprinzip.

Mit seinem Wissen, seiner politischen Erfahrung und seiner Führungserfahrung wird er als Regierungsrat die Politik gestalten.

Der Kanton Zürich liegt ihm am Herzen. Daniel Jositsch ist im Kanton Zürich geboren und aufgewachsen, hat hier die Schule besucht. Im Kanton Zürich sind seine Wurzeln, aber auch sein aktueller Lebensmittelpunkt. Er ist stolz auf seinen Kanton, dessen Bedeutung auch als Wirtschaftsstandort und er liebt die kulturelle Vielfalt in den städtischen und in den ländlichen Regionen. Mit viel Freude und mit dem nötigen Respekt würde er sich deshalb als Regierungsrat für seinen Kanton einsetzen.

Lesen Sie weiter auf Seite 4

«Zuhören und gemeinsam nach Lösungen suchen»

FORUM: Wann und warum sind Sie stolz auf den Kanton Zürich?

Daniel Jositsch: Ich bin im Kanton Zürich geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen und hier habe ich auch meinen Beruf erlernt. Es ist wichtig in einem guten Umfeld aufzuwachsen, eine Chance zu haben. Ich bin stolz auf das Angebot des Kantons Zürich in der Schul- in der Berufs- und in der Weiterbildung.

Welches Thema im Kanton Zürich liegt Ihnen besonders am Herzen?

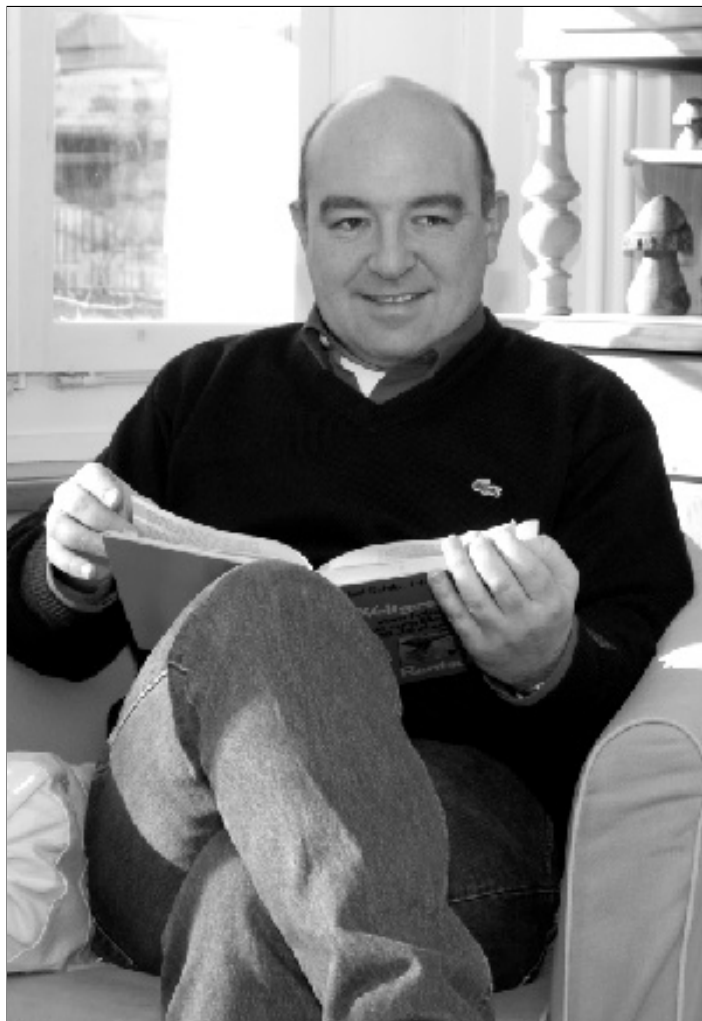
Von der Kulturförderung bis zur Steuerpolitik gibt es kaum ein Thema, das mich nicht interessiert und das nicht wichtig ist. Besonders am Herzen liegt mir aber die Bildung, denn sie ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und unserer Jugend.

Mit welchen Themen wollen Sie den Kanton Zürich vorwärts bringen?

Der Kanton Zürich schafft die Rahmenbedingungen für Wachstum und Entwicklung, für Sicherheit, aber auch für das ganz persönliche Wohlbefinden der Bevölkerung. Die Aufgaben umfassen viele Themenbereiche, vom Gesundheitswesen bis zur Wohnbauförderung. Ich engagiere mich vor allem in der Wirtschaftsförderung, der Umweltpolitik, der öffentlichen Sicherheit und der Bildung.

Wie wollen Sie sich im Regierungsrat Gehör verschaffen?

Der Regierungsrat ist eine Kollegialbehörde und muss mit einer Stimme auftreten. Es geht deshalb vor allem darum, die Kolleginnen und Kol-



Zuhören, abwägen, entscheiden: Daniel Jositsch verfügt als Professor, ehemaliger Schulpräsident, als Nationalrat und Geschäftsführer einer Handelskammer über die nötige Erfahrung für das Regierungsratsamt.

legen im Gespräch zu überzeugen. Dazu gehört auch, dass man zuhört und gemeinsam nach Lösungen sucht und findet.

Die drei wichtigsten Voraussetzungen für das Amt des Regierungsrats?

Aufrichtigkeit gegenüber sich selbst und seinen Wertvorstellungen - Mut Position zu beziehen,

auch dann wenn es ungemütlich wird - und Gleichmut wenn es darum geht Niederlagen zu verdauen.

Ein Traum der für Sie wahr werden sollte?

Ganz klar: Dass unsere Kinder in einer friedlichen, sozial gerechten nachhaltigen Welt leben können.

Daniel Jositsch

Beruf

Seit 2004	Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht
2000 bis 2004	Selbständiger Rechtsanwalt
1998 bis 2000	Tätigkeit als Rechtsanwalt bei einer Anwaltskanzlei
1996 bis 1998	Anwaltspraktikum bei einer Anwaltskanzlei
1995 bis 1996	Juristischer Mitarbeiter im Bereich der Versicherungsberatung
1991 bis 1995	Geschäftsführer der Schweizerisch Kolumbianischen Handelskammer, Bogotá, Kolumbien, sowie Tätigkeit als selbständiger Rechtsanwalt in Bogotá, primär für schweizerische Unternehmen und Privatpersonen

Politik

Seit 2007	Mitglied des Nationalrats (Rechtskommission)
2007	Mitglied des Zürcher Kantonsrats (Justizkommission)
2001 bis 2006	Präsident der Schulpflege Stäfa

Seine Schwerpunktthemen: Recht und Justiz, Bildung, Wirtschaft, Umwelt und Europapolitik.

Weitere Engagements

- Mitglied des Zentralvorstands des Kaufmännischen Verbands der Schweiz
- Mitglied des Vorstands des Kaufmännischen Verbands Zürich
- Präsident Neue Europäische Bewegung Schweiz, Sektion Zürich (2006-2008)
- Mitglied des Vorstands des Vereins Appisberg (2003-2008)
- Präsident der SP Bezirk Meilen

Persönliche Angaben

Daniel Jositsch (1965), geboren und aufgewachsen in Zürich und im Limmattal, Bürger von Geroldswil (ZH).

Stadtratswahlen vom 7. März 2010: Martin Bornhauser wieder als Stadtpräsident

Für eine selbstbewusste und aufstrebende Stadt

Das Amt als Stadtpräsident ist die lohnendste Aufgabe für einen Politiker oder eine Politikerin. So sagen es auf jeden Fall alle, welche dieses Amt einmal inne hatten. Und nach vier Jahren als Stadtpräsident muss ich sagen: Es stimmt. Es ist wirklich die schönste Funktion, welche ich in meiner langen politischen Karriere ausüben durfte. In den letzten vier Jahren haben wir einiges erreicht und dieses Engagement für eine selbstbewusste und aufstrebende Stadt möchte ich weiterführen. Deshalb kandidiere ich am 7. März 2010 wiederum für das Stadtpräsidium.

Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident

Bilanz zu ziehen nach vier Jahren als Stadtpräsident ist nicht ganz einfach. Politische Mühlen malen bekanntlich nicht immer ganz so schnell, wie man sich das wünscht. Einiges wurde erreicht, vieles konnte aber auch erst angestossen werden. Dennoch: Ich wage einen Blick zurück und einen Blick nach vorne.

Der Blick zurück...

Das Leitbild bzw. die Strategie der Stadt Uster blieb nicht – wie von einigen Bedenkenträgern vorhergesagt – toter Buchstabe. Im Gegenteil, der Stadtrat richtete unter meiner Verantwortung seine Regierungstätigkeit geradlinig auf die Umsetzung der formulierten strategischen Ziele aus. Hartnäckig, konsequent und mit Erfolg, wie der jährliche Vergleich von 129 Schweizer Städten in der angesehenen Zeitschrift «Bilanz» zeigt. In den letzten vier Jahren kletterte Uster kontinuierlich vom 38. Rang auf den ausgezeichneten und verdienten 5. Platz (hinter Zürich, Zug, Freienbach und Luzern).

Der komplizierte aber demokratisch gestaltete Prozess zur Neugestaltung des Zeughausareals ist angestossen. Bis eine definitive Lösung gefunden wird, können allerdings noch Jahre vergehen. Trotz massiven Widerständen konnte ich durchsetzen, dass die Kultur und das gesellschaftliche Leben wenigstens in einem Gebäude des Zeughauses Einzug gehalten hat.

Noch nie seit 35 Jahren waren wir der «Mittelschule Uster» so nahe wie heute. Dank eines mutigen Einsatzes konnten die ersten sechs Klassen der Kantonsschule Glatttal in Uster untergebracht werden. Mit der Mittelschule gewinnen wir weiter an Attraktivität, sei es als Kulturstandort, als Wohnstandort oder als Wirtschaftsstandort.



Stadtpräsident Martin Bornhauser: «Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen stolz sein auf ihre Stadt und ihren Qualitäten gemeinsam Sorge tragen.»

Es bedurfte grosser Anstrengungen bis der Gemeinderat 2008 mein «Jugendkonzept» verabschiedete, das die Grundzüge der Jugendpolitik der Stadt Uster skizziert, die Gestaltungsfelder umreiss und insbesondere den Handlungsbedarf aufzeigt. Die neu geschaffene Jugendkommission wird sie umsetzen. Doch erst mit der Bewilligung eines Jugendbeauftragten konnte in einem ersten Schritt die systematische Förderung jener Vereine angegangen werden, welche mit Jugendlichen arbeiten.

Im Frühling 2008 durfte ich die erweiterte Stadt- und Regionalbibliothek einweihen. Sie kann nun auch für Veranstaltungen genutzt werden. Sie ist Teil eines bunten, reichhaltigen und vielfältigen Kulturangebotes in unserer Stadt. Auf meinen Antrag hin wurde zudem der jährlich wiederkehrende Beitrag an die Kulturgemeinschaft Uster fast verdoppelt.

... und ein Blick nach vorn

Wir wollen unsere alte Lebensader, den Aabach, wieder neu entdecken und für uns zurückgewinnen. Das Gebiet Hinterwiesen, der Stadtpark, das Zellwegerareal und das Aabachdelta sollen Erholungsorte für unsere Bevölkerung werden. Das Aabachufer soll von Oberuster bis zur Mündung begehen- und erlebbar werden.

Wir wollen unser städtebauliches Potential nutzen. Sei es im Mühleholz, im Zeughaus, im Zellwegerareal, in den Hohfuhren, im Kern Süd oder im neuen Stadtteil Eschenbühl.

Insbesondere dem Zentrum wollen wir uns

zuwenden: Hier sollen alle Einkaufswünsche erfüllt werden und Strassenkaffees zum Verweilen einladen. Die Befreiung des inneren Kerns von störendem Verkehr wird dem Gewerbe neue Umsätze bescheren.

Alt und Jung sollen sich in Uster wohl fühlen. Die Integration der Ausländer in unsere Gemeinschaft soll selbstverständlich sein. Die Menschen sollen sich begegnen, sich mehr Menschlichkeit erweisen und die Nachbarschaftshilfe und die Freiwilligenarbeit soll funktionieren. Kurz: Die Gemeinschaft soll gepflegt werden.

In den Wohnquartieren sollen sich Quartier- und Ortsvereine für ein hohes Mass an Lebensqualität einsetzen. Sie sollen Stimmungen, Missstimmungen, Wünsche und Anliegen der Quartierbevölkerung aufnehmen und sie an die Stadt Uster weitergeben, damit das Dienstleistungsangebot der Stadt noch optimiert werden kann. Aufgrund der hohen Wohnqualität, der vielfältigen Naherholungszonen und der bestens ausgebauten Kommunikation wird alsdann unsere Stadt steuerkräftige KMUs und natürliche Personen anziehen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner werden sich in unserer schönen Stadt noch mehr wohlfühlen und werden stolz sein auf ihren Wohnort. Deshalb werden sie sich mit unserer Stadt identifizieren, ihr Sorge halten und sich für Uster und ihre Mitmenschen engagieren.

Mehr Infos unter: www.martinbornhauser.ch

Stadtratswahlen vom 7. März 2010: Esther Rickenbacher wieder als Stadträtin

Für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft

In den letzten acht Jahren hatte ich das Privileg als Stadträtin an der Zukunft der Stadt Uster mitzuarbeiten. Als Vorsteherin der Abteilung Gesundheit und Sport konnte ich in den Bereichen Heime, Spitex, Abfallbewirtschaftung und Sport viele Impulse setzen. Einige grosse Projekte stehen noch an oder sind noch nicht abgeschlossen. Und deshalb bewerbe ich mich für eine weitere Legislaturperiode und werde mich auch weiterhin für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft einsetzen.

Von Esther Rickenbacher, Stadträtin

Als Stadratsmitglied hat man bekanntlich zwei Aufgaben: Als Mitglied des Gesamtgremiums ist man an allen zentralen Entscheiden die Zukunft unserer Stadt betreffend beteiligt. Und als VorsteherIn einer Abteilung ist man für die Strategie und ihre Umsetzung in einem bestimmten Bereich zuständig. Als Vorsteherin der Abteilung Gesundheit und Sport konnte ich in den letzten Jahren viele Impulse geben und Projekte anschieben. Diese Arbeit will ich den nächsten vier Jahren fortsetzen.

Heime und Spitexzentrum

Die Stimmberechtigten haben im Herbst 2007 mit überwältigendem Mehr einem Kredit für die Sanierung des Pflegezentrums Im Grund und der Erstellung des neuen Spitexzentrums zugestimmt. Nun laufen die Arbeiten auf vollen Touren: Anfang Jahr konnte die erste Bauetappe mit der Eröffnung der neuen Abteilung für Menschen mit Demenz abgeschlossen werden. Derzeit wird in der zweiten Etappe der Haupttrakt umgebaut. Mit einer Reorganisation der Spitex – so wurde etwa die ehemalige Haushilfe des Frauenvereins 2008 in die Spitex integriert – und dem neuen Spitexzentrum konnten zudem die Arbeitsprozesse verbessert werden. Die «Spitex aus einer Hand» hat sich bisher zum Nutzen unserer Klientinnen und Klienten bewährt und kann durch das neue Spitexzentrum weiter verbessert werden.

Die Heime von Uster müssen auch in Zukunft kontinuierlich weiterentwickelt werden. Weil die Bevölkerung immer älter wird, wird der Bedarf an Pflegeleistungen steigen. Deshalb muss die Infrastruktur der Heime immer auf dem aktuellen Stand sein, um den Bedarf der Stadt Uster sowie die Bedürfnisse der Bewohnenden



Stadträtin Esther Rickenbacher: «Mit Spital, Heim Im Grund, Spitexzentrum und Wagerenhof bestehen an der Wagerenstrasse beste Voraussetzungen für eine ‚Gesundheitsmeile‘.»

abzudecken. Es muss das Ziel sein, dass die Heime für Bewohnende, Gäste und Mitarbeitende attraktiv sind und auch in der Region einen guten Ruf geniessen. Um die grossen Herausforderungen im Altersbereich zu bewältigen, mache ich mich auch weiterhin für eine Fachstelle für das Alter stark. Sie ist nötiger denn je.

Investitionen im Sportbereich notwendig

Ebenfalls umfassend saniert wurde das Stadion Buchholz. Im Sommer 2009 konnte zudem endlich das erste Kunstrasenfeld in Uster eingeweiht werden. Es ist ein wichtiger Beitrag gegen die Trainingsplatz-Knappheit in der Stadt Uster. Doch weitere Investitionen sind nötig. So platzt das Hallenbad aus allen Nähten. Es muss deshalb dringend saniert und erweitert werden. Dank einem neuen Anbau kann das Hallenbad zum Nationalen Schwimmsportzentrum ausgebaut werden und kann so dann die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung, des Schulschwimmens, aber auch der Vereine und des Schwimm-Sportabdeckens.

Auch die anderen Badeanlagen benötigen in den nächsten vier Jahren politische Aufmerksamkeit. Das Dorfbad soll moderat saniert und gut in eine parkähnliche Erholungslandschaft eingebettet werden. Darüber hinaus soll das Strandbad in Niederuster durch eine Renaturierung des Seeufers und eine Neugestaltung des Kinderspielbereichs umgestaltet werden und so attraktiver gemacht werden.

In der vergangenen Legislatur konnte das erste

Sportkonzept der Stadt Uster verfasst und eingeführt werden. Dieses regelt die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen des städtischen Engagements im Bereich des Sports und der Sportförderung. Nun geht es darum, dieses Konzept umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Gesundheitsstadt Uster

Eine grosse Herausforderung stellt zudem das Thema Gesundheit dar. Uster soll sich in diesem Bereich überregional positionieren. Ideen dazu liegen auf dem Tisch: Das Gebiet Wagerenstrasse bietet durch Spital, Heim Im Grund, Spitexzentrum und Wagerenhof die Voraussetzungen um zu einer «Gesundheitsmeile» zu werden. Die bestehenden Angebote können durch andere Dienstleistungen im Gesundheitsbereich sinnvoll ergänzt und so Synergien geschaffen werden. So bietet Uster seinen Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur eine sichere Gesundheitsversorgung, sondern wird auch als Sitz für Firmen und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich attraktiv.

Ein weiteres Projekt, welches in Zusammenarbeit mit Ustermer Institutionen im Gesundheitswesen und der Wirtschaftsförderung entstanden ist, hat zum Ziel, eine Qualitätsmarke zu entwickeln, welche Uster als wichtigen Standort im Gesundheitsbereich positioniert. Wichtige Partner für dieses Projekt konnten bereits gefunden werden.

Mehr Infos unter: www.estherrickenbacher.ch

Stadtratswahlen vom 7. März 2010: Barbara Thalmann wieder als Stadträtin

Für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität für alle

Als Mutter, Architektin, Nachbarin, Ustermerin, ehemalige Gemeinderätin und in den letzten vier Jahren als Stadträtin von Uster beschäftigte ich mich mit verschiedenen politischen Themen. Auch wenn die Arbeit als Sozialvorsteherin im Vordergrund steht, will ich mich in den nächsten vier Jahren auch für weitere Themen und damit für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität für alle einsetzen.

Von Barbara Thalmann, Stadträtin

Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Integration, nachhaltige Stadtplanung und Stadtentwicklung, die Situation von Kindern und Jugendlichen sind wichtige Stichworte in meiner politischen Arbeit. Zentral ist für mich dabei, Uster als attraktive Wohn- und Arbeitsstadt weiterzuentwickeln. Auf ein paar Punkte will ich im Folgenden näher eingehen.

Arbeitsplätze schaffen und erhalten

Uster kann die ökonomische Grosswetterlage nicht grundlegend ändern. Mit Investitionen in der Grössenordnung von rund 25 Millionen Franken pro Jahr in die öffentliche Infrastruktur kann sie aber helfen, Arbeitsplätze zu erhalten und das wirtschaftliche Wohlergehen einheimischer Firmen unterstützen. Auch indirekt kann die Stadt zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, etwa durch gute Rahmenbedingungen und die Ansiedelung neuer Unternehmen. Da die Stadt Uster aber nur beschränkte Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stellen kann, sind an neue Unternehmen hohe Anforderungen zu stellen. Es sollen wertschöpfungsstarke, innovative und nachhaltige Unternehmen angesiedelt werden.

Wichtig für Uster sind aber auch die grossen sozialen Institutionen, namentlich der Wagenhof, das Werkheim oder der Verein Noveos in Riedikon, welche Menschen mit Beeinträchtigungen Chancen auf Arbeit anbieten. Diese Institutionen prägen das Stadtbild und bieten viele Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang ist auch das Spital Uster als grösster Ustermer Arbeitgeber zu nennen.

Als Sozialvorsteherin sehe ich, wie wichtig die Arbeit für die meisten Menschen ist, und welche Folgen der Verlust derselben mit sich bringt. Ich erachte es als enorm wichtig, dass auch Menschen mit Einschränkungen neue Chancen durch ihnen angepasste Tätigkeiten erhalten und so in die Gesellschaft integriert werden können.



Stadträtin Barbara Thalmann: «Zentral für mein politisches Engagement ist, Uster als attraktive Wohn- und Arbeitsstadt weiterzuentwickeln.»

Das soziale Netz sichern

Wenn eine Rezession mit Arbeitslosigkeit droht, ist es wichtig, sich auf ein stabiles soziales Netz abstützen zu können. Uster hat die hierfür nötigen Instrumente, welche es insbesondere in Krisenzeiten zu sichern gilt. Mit einem gut ausgebauten Ergänzungsleistungssystem werden ältere und behinderte Menschen in ihrer Existenz unterstützt. Das soll so bleiben. Wer in seinem Leben in Not gerät, soll auch künftig Sozialhilfe erhalten. Allfälliger Missbrauch wird bekämpft.

Bezahlbaren Wohnraum fördern

In wenigen Jahren hat die Bevölkerung von Uster um mehrere tausend Menschen zugenommen. In dieser Zeit sind viele neue Wohnungen gebaut worden. Uster mit seiner hervorragenden Anbindung an die Stadt Zürich ist dabei für alle Altersklassen als Wohnort sehr attraktiv. Bei dieser Entwicklung kommt aber der Wohnungsmarkt unter Druck, was vor allem für Familien ein Problem ist. Deshalb braucht es die Zusammenarbeit mit nicht gewinnorientierten Wohnbaugenossenschaften, welche bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen.

Kern und 2000-Watt-Gesellschaft

Von grosser Bedeutung ist das Zentrum von Uster mit den Arealen Kern Süd, «Jelmoli», Bezirksgebäude. Wie weit sich Uster als Stadt eine Identität geben kann, hängt von der Entwicklung dieses Gebietes zusammen. Einer ange-

strebten Fussgängerzone mit Einkaufsmöglichkeiten und urbanem Flair stehe ich positiv gegenüber. Eine grosse Anzahl Städte in der Schweiz als auch im nahen Ausland zeigen die Attraktivität solcher Zonen sowohl für das Gewerbe als auch für die Kundschaft.

Ich erachte eine sorgfältige und nachhaltige Stadtentwicklung als zentral. Das gilt sowohl für die Gestaltung des öffentlichen Raums als auch für innovative Konzepte bei der Planung neuer Stadtgebiete. Die in Umwandlung begriffenen Stadtquartiere auf dem Zellweger- und dem Zeughausareal sowie dem Eschenbüel sollen zukunftsweisend Richtung 2000-Watt-Gesellschaft und lebensnah gestaltet werden. Öffentliche Gebäude sollen in Sachen Architektur und Energieeffizienz eine Vorbildfunktion haben.

Uster als Kulturstadt unterstützen

Uster braucht dringend eine Aufwertung der städtischen Kulturräume. Vorrangig dabei sind ein neuer Stadthofsaal und ein neuer Qbus. Zwischen etablierten Kulturinstitutionen und Nischenkultur sollte es kein «Entweder-Oder» geben. Es braucht das eine wie das andere. Beide sind, soweit nötig, von der Stadt angemessen zu unterstützen. Nischenkultur ist vor allem auf zahlbare Räume angewiesen, die etablierte Kultur auf angemessene, gut funktionierende Räume. In diesem Bereich hat Uster Handlungsbeziehungsweise Nachholbedarf.

Mehr Infos unter: www.barbarathalmann.ch

Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010: Eine Bilanz der letzten vier Jahre

Endlich wird wieder über wichtige Themen diskutiert

Vor vier Jahren haben wir versprochen, uns für Uster stark zu machen. Wir haben hohe Ziele gesteckt, viele erreicht, einige aber auch nicht. Die wichtigsten Punkte unserer Bilanz: Dank der SP Uster ist die 2000-Watt-Gesellschaft nicht nur Geschwätz – das Eschenbüel wird nach diesen Prinzipien entwickelt. Seit der Abstimmung zum Landverkauf Mühleholz ist allen klar, dass in Uster im Zentrum eingekauft werden soll und dass mit städtischem Land sorgfältig umzugehen ist. Und der SP ist es letztlich auch zu verdanken, dass die Jungen endlich eine Stimme im Stadthaus haben.

Von Balthasar Thalmann,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Das Debakel um den Schulhausneubau Krämeracker war wohl der Tiefpunkt der Ustermer Politik der letzten vier Jahre. Eine Kombination von Führungsschwäche der zuständigen Stadträtin Wettstein, ein fehlendes Baufachorgan und Kreditkürzungen ohne Argumentationsgrundlage durch die bürgerlichen Fraktionen hat zum Projektabbruch geführt. Während unsere Stellungnahme «Absturz des bürgerlichen Sparblindflug» als «Rundumschlag» bezeichnet wurde, gab uns der parlamentarische Untersuchungsbericht in allen Punkten Recht. Trotzdem – dieses Debakel kostet die Steuerzahlenden von Uster gegen 5 Millionen Franken!

2000-Watt-Gesellschaft konkret

Es gab aber auch erfreuliche Momente. Dank unserem Engagement wird das Gebiet Eschenbüel nach den Prinzipien der 2000-Watt-Gesellschaft entwickelt. Für uns ist klar: Die Ustermer Stadtentwicklung hat sich auch andernorts an diesen zukunftsweisenden Prinzipien zu orientieren. Auch in Sachen Energiepolitik konnten wir viel bewegen. So hat die Energie Uster AG nicht zuletzt auf Druck der SP einen Energiesparfonds eingerichtet. Und im Rahmen eines Positionspapiers haben wir aufgezeigt, wie eine zukunftsgerichtete Energiepolitik betrieben werden kann.

Einsatz für die Jungen, und die Älteren

Schon vor den letzten Wahlen haben wir einen verstärkten Schwimmunterricht an der Primarschule verlangt. Doch erst nach dem tragischen Ertrinkungstod eines Schulkindes in Fällanden fand diese Forderung im Parlament eine Mehr-



SP-Fraktionspräsident Balthasar Thalmann: «Uster hat riesiges Potenzial. Die SP will es nutzen. Dafür kämpft sie.»

heit und wird nun umgesetzt. Gestern noch bekämpft, heute eine Selbstverständlichkeit: Zehn Jahre nach dem ersten SP-Vorstoss wurde im Jahr 2008 in Uster das flächendeckende Angebot für Tagesstrukturen an der Primarschule realisiert. Mehrere Anläufe brauchten wir auch, bis die Jungen mit dem Jugendbeauftragten nun endlich eine Stimme im Stadthaus haben. Erfolglos waren wir hingegen mit der Forderung, die Jugend- und Sportvereine besser zu unterstützen. Diesem Anliegen soll nun mit der lancierten Initiative zum Durchbruch verholfen werden (siehe nebenstehende Seite).

Neben den Jungen brauchen auch die Älteren eine Stimme im Stadthaus. In den letzten Jahren hat die Zahl der UstermerInnen im Pensionsalter um ein Drittel auf über 4500 Personen zugenommen. Das lässt gar nichts anderes zu, als weiterhin auf eine Fachstelle Alter zu pochen.

Zentrum stärken

Dank dem erfolgreichen Referendum gegen den Landverkauf im Mühleholz ist inzwischen allen klar, dass erstens in Uster auch in Zukunft im Zentrum und nicht an der Peripherie eingekauft werden soll. Und zweitens wurde der blinden Landverkaufsmanie des Stadtrates ein Riegel geschoben. So besteht nun die Hoffnung, dass der Stadtrat mit einer strategischen Boden- und Immobilienpolitik inskünftig die Stadtentwicklung wirksam und effizient steuert.

Ein attraktives Zentrum liegt der SP sehr am Herzen. Bedauerlicherweise geht es hier aber kaum vorwärts. Wir haben deshalb diesen Herbst

einen weiteren Vorstoss dazu eingereicht und eine Initiative für ein fussgängerfreundliches Zentrum lanciert (siehe Seite 9). Wir sind gespannt, ob die bürgerlichen Parteien auch weiterhin nur von einem attraktiven Zentrum reden – und die Hände in den Schoss legen.

Eine herbe Niederlage war die Abstimmung über die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war wohl die Angst, dass durch den Wegfall einzelner Fussgängerstreifen die Verkehrssicherheit verschlechtert würde. Jetzt müssen von Fall zu Fall massgeschneiderte Lösungen gefunden werden.

Demotivationspolitik in Sachen Kultur

Besonders zu Denken gibt uns die Entwicklung in der Ustermer Kulturpolitik. Namentlich die Schliessung der Villa und die dramatische Kürzung des Investitionskredits für das Kulturzeughaus durch die bürgerlichen Parteien hat dem kulturellen Leben in unserer Stadt eine wichtige Basis entzogen. Ein Hoffnungsschimmer war die einstimmige Unterstützung im Gemeinderat für eine Geschäftsstelle der Kulturgemeinschaft. Die SP Uster hat in den vergangenen vier Jahren viel erreicht, da und dort aber auch Niederlagen einstecken müssen. Doch gerade diese sind für uns Ansporn weiterhin für Uster zu kämpfen und die wichtigen Themen aufs Tapet zu bringen. Denn Uster hat riesiges Potenzial. Und die SP will es nutzen.

Mehr Infos unter: www.sp-uster-wahlen.ch

Unterstützung für Vereine und ein attraktives Zentrum – Jetzt die Initiativen der SP Uster unterschreiben!

Die SP Uster macht mit Volksinitiativen Dampf

Politische Mühlen mahlen bekanntlich langsam. Manchmal stehen sie auch still. So lief die SP Uster mit ihren Forderungen für ein fussgängerfreundliches Zentrum oder nach einer Unterstützung von Vereinen, welche mit Jugendlichen arbeiten, bei der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat immer wieder auf. Deshalb macht die SP Uster jetzt Dampf und hat diesen Herbst zwei Initiativen lanciert. Die Unterschriftensammlung läuft seit Ende Oktober.

Initiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum»

Die Ustermer Bevölkerung fordert schon lange ein attraktives Zentrum. Ein Zentrum, in welchem man flanieren und einkaufen kann, sich treffen und Kultur- und Freizeitangebote geniessen kann – und das ohne dass jede Strassenquerung einem Spiessrutenlauf gleich kommt. In den letzten Jahren hat der Stadtrat zwar versucht, das Stadtzentrum da und dort ein wenig aufzuwerten, viel attraktiver ist es dadurch nicht geworden. Der Grund ist klar: So lange das Stadtzentrum nicht autofrei ist, ist es als Begegnungsort nicht attraktiv genug. Die von der SP vorgeschlagene Volksinitiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum» greift an diesem Punkt an. Sie verlangt ein neues Verkehrsregime für das Zentrum. Im Geviert zwischen Bahnlinie, Bahnhof-, Zürich- und Amststrasse soll im Grundsatz eine autofreie Zone eingerichtet werden. AnwohnerInnen, Zulieferer, Busse und Taxis sollen davon ausgenommen werden, ebenso muss die Zufahrt zum Bahnhof und zur Post gewährleistet werden.



Erfahrungen aus anderen Städten zeigen allesamt, dass autofreie Zonen für steigende Umsätze beim Gewerbe sorgen.

Erst ein neues Verkehrsregime für das Zentrum von Uster ermöglicht eine Neugestaltung und Aufwertung des öffentlichen Raums. Für die SP Uster ist klar, dass die Stadt Uster mit einem autofreien und neu gestalteten Zentrum endlich ein attraktives Gesicht erhalte. Davon würde letztlich auch das Ustermer Gewerbe profitieren: Erfahrungen aus anderen Städten zeigen allesamt, dass autofreie Zonen für steigende Umsätze beim Detailhandel sorgen.

Initiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereine»

Eine Vielzahl von Sportvereinen, Jugendverbänden und Musikvereinen leisten Jahr für Jahr tau-

sende von Stunden Freiwilligenarbeit zu Gunsten der Jugend. Sie tragen damit wesentlich zur Förderung der Jugendlichen und des Gemeinwohls bei. Dieser Arbeit gebührt grosser Respekt: Es ist alles andere als selbstverständlich, wenn TrainerInnen, LehrerInnen und DirigentInnen mehrmals in der Woche mit ihren Jugendlichen trainieren oder proben – wohlverstanden zumeist ohne Entschädigung.

Die Stadt Uster will gemäss den Zielsetzungen des Konzeptes Jugendpolitik diese Arbeit grundsätzlich fördern und unterstützen. Doch sie macht das Gegenteil: Sie verlangt von den Vereinen für die Benützung von Sporthallen, Trainingsplätzen und anderen Räumlichkeiten auch dann Gebühren, wenn diese mit Jugendlichen trainieren und proben.

Eine groteske Situation, die nicht mehr länger geduldet werden kann. Die von der SP lancierte Volksinitiative «Keine Gebühren zulasten von Jugend- und Sportvereinen» will diesem Zustand ein Ende bereiten.

Für die SP Uster ist klar, dass zu einer umfassenden Jugendförderung auch das kostenlose zur Verfügung stellen von genügend Räumlichkeiten gehört. Mit der vorgeschlagenen Initiative will sie erreichen, dass Vereine ihre finanziellen Mittel direkt in die Jugend investieren können. Und nicht, dass sie das Geld der Eltern und Sponsoren wieder der Stadt abliefern müssen.

Beide Initiativbogen können von unserer Website heruntergeladen werden: www.sp-uster-wahlen.ch

Vereine sollen ihre finanziellen Mittel inskünftig direkt in die Jugend investieren können, anstatt der Stadt Gelder von Eltern und Sponsoren abliefern zu müssen.



JUSO Zürcher Oberland: Politik soll nicht über, sondern mit den Jungen sprechen

Auch wir Jungen wollen mitbestimmen

Seit einigen Jahren gibt es in Uster und Umgebung eine Sektion der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Bei den Gemeinderatswahlen am 7. März 2010 treten erstmals auch drei Mitglieder der JUSO auf der Gemeinderatsliste der SP Uster an. Im folgenden stellen sich die drei jungen AktivistInnen kurz vor und erläutern, was sie von der Ustermer Politik erwarten.

Von Lucia Thaler, Seyhan Kähya und Marie Louise von Rohr

Erwachsene wünsche sich oft eine Jugend, die sich ihren Vorstellungen und Wünschen gemäss verhält. Auch in der Politik: Sie hat die Angewohnheit über Jugendliche zu reden, nicht aber mit ihnen. Mitbestimmung und Gleichberechtigung bestehen oft nur in der Theorie, die politische Realität gibt jedoch ein völlig anderes Bild. Sieht man sich das Durchschnittsalter des Ustermer Gemeinderates an, welches bei etwa 50 Jahren liegt, wird die erschreckende Wahrheit offensichtlich: Jugendliche und junge Erwachsene sind in der Politik stark untervertreten. Es stellt sich die Frage, wie Uster den Bedürfnissen seiner jungen BewohnerInnen gerecht werden kann, wenn sämtliche Ent-

scheidungen über die Gestaltung der Stadt bei einer Instanz liegen, welche die Bevölkerung nicht gesamthaft vertritt.

Unausgewogenes Altersverhältnis

Das unausgewogene Altersverhältnis unserer Politikerinnen und Politiker spiegelt das konservative Denkverhalten der Ustermer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wieder. Wahlhürde müssen gerade darum dem Fortschritt zuliebe überwunden werden. Wir Jugendlichen und jungen Erwachsene brauchen endlich ein klares Bekenntnis zu unseren Mitbestimmungsrechten! Auch wir wollen mitgestalten und etwas zu sagen haben!

Vor allem für die Ustermer Kommunalpolitik ist es relevant, dass junge Erwachsene wie wir als StellvertreterInnen für alle unsere Altersgenossen mitbestimmen können, denn wir leben die Kulturen, die ältere Generationen nur aus den Medien kennen, und besuchen die Schulen, die Veränderungen zugunsten ihrer Schülerinnen und Schüler nötig haben.

Interessenvertretung für die Jungen

Unser Schwerpunkt liegt in der Förderung der Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen von Uster. Zum Beispiel im Bildungsbereich: Warum hat Uster als drittgrösste Stadt im Kanton noch immer keine Kantons-

schule? Viele Ustermer GymnasiastInnen haben das Provisorium in Dübendorf besucht, das nicht einmal ein eigenes Schulhaus hat, über mehrere Schulhäuser verstreut ist und teilweise in Baracken haust, die im Winter kaum geheizt werden können. Dieser provisorische Zustand ist eine Zumutung! Bildung braucht in unserer Stadt endlich mehr Wertschätzung und Qualität, denn Schule ist mehr als nur Unterricht! Uster braucht einen geeigneten Ort und engagiertes, kompetentes Lehrpersonal. Nur so kann im Rahmen der Bildung die Erziehung der Jugendlichen zu verantwortlichen Individuen erfolgen. Wir fordern deshalb: Keine Sparmassnahmen auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und der Bildungsqualität!

Wir setzen uns ein, um den unterrepräsentierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Stimme zu verleihen und ihre Interessen durchzusetzen, denn gesellschaftliche Teilhabe kann nur dann gut gelingen, wenn auch die Probleme und Perspektivenlosigkeit der Jugendlichen beseitigt wird! Die Investitionen in Bildung und Lehrstellenschaffung ist notwendig und hilft nicht nur den Jugendlichen, sondern allen, denn ein soziales und respektvolles Zusammenleben entspricht der Idealvorstellung aller. Dafür setzen wir uns ein. Geben Sie uns eine Chance und helfen Sie mit, damit wir zusammen diese Anliegen in die Tat umsetzen können!

Die drei Juso-KandidatInnen auf der SP-Liste



Lucia Thaler (*1988), Studentin der Umweltwissenschaften.

Ihre Ziele: Mitbestimmung der Jugendlichen in der Politik, umfassendes Bildungsangebot in Uster samt Kantonsschule, nachhaltige Stadtentwicklung in Bezug auf Umwelt und Gesellschaft. Mitgliedschaften: JUSO, GSoA.



Seyhan Kähya (*1991), Maturand.

Seine Ziele: Mitbestimmung der Jugendlichen in der Politik, mehr Raum und Ressourcen für Jugendliche und Jugendkultur, Schutz des Naherholungsgebiets Greifensee. Mitgliedschaften: JUSO, SP Uster, GSoA.



Marie Louise von Rohr (*1987), Jus-Studentin.

Ihre Ziele: Mitbestimmung der Jugendlichen in der Politik, Ausbau von Kulturraum, um den verschiedenen Alters-, Gesellschafts- und Kulturgruppen der Stadt mehr Begegnungsmöglichkeiten zu bieten. Mitgliedschaften: JUSO, GSoA.

Abstimmungen vom 29. November 2009: Nein zur Minarettverbots-Initiative

Scheinlösung für ein Problem, das keines ist

Die Minarett-Initiative ist billiger SVP-Populismus. Einmal mehr. Die Rechtsausserpartei möchte damit Werbung in eigener Sache machen und sich bei ihrer eigenen Wählerschaft als Scharfmacherin aufspielen. Eine Annahme der Initiative wäre aber für die Schweiz verherend: Fundamentalistische Strömungen würden Auftrieb erhalten und der Religionsfrieden wäre gefährdet. Dies gilt es zu vermeiden.

Von Andy Tschümperlin, SP-Nationalrat Schwyz

Worauf zielt die Initiative ab? Die SVP will Glauben machen, sie würde ein weiteres unbequemes «Problem» anpacken, und es «denen» – diesen Moslems – schon zeigen, wer hier das uneingeschränkte Sagen hat. Man schiesst sich erneut auf eine Zielgruppe fremder Herkunft ein – welche ist wohl als nächste dran?

Überflüssiger Verfassungseintrag

Die Bundesverfassung und die schweizerische Rechtsordnung sind selbstverständlich für die hier lebenden Musliminnen und Muslime ebenso verbindlich wie für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes. Es ist also nicht zu befürchten, dass bei uns die Scharia eingeführt werden könnte. Zugleich werden in der Bundesverfassung die Grundrechte – also auch die Glaubensfreiheit – für alle Menschen in diesem Land garantiert – und das schon seit über 150 Jahren. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Die Initianten finden, der Bau von Minaretten sei in der Schweiz zu verbieten, weil Christinnen und Christen in einigen muslimischen Ländern auch nicht die volle Religionsfreiheit gewährt werde. Was ist denn das für ein Argument? Wenn wir ja genau das an anderen Ländern kritisieren, dürfen wir uns doch nicht selber auf das gleiche Niveau begeben. Das ist unglaublich und höchst unschweizerisch. Unsere Tradition ist es, Offenheit und Toleranz im Alltag zu leben und gegen aussen auch zu demonstrieren. Diese Werte haben die Schweiz zu dem gemacht, was sie heute ist.

Handlanger der Extremisten

Die Initianten wollen mit dem Minarett-Verbot den fundamentalistischen Islam bekämpfen. Doch sie erreicht genau das Gegenteil. Mit dem Minarettverbot würden alle in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime beleidigt und vor den Kopf gestossen – auch solche, die mit Radikalismus und Fundamentalismus gar



Andernorts problemlos möglich: Minarette und Kirchtürme einträglich nebeneinander. Warum soll das in der Schweiz, deren Kultur auf Offenheit und Toleranz basiert, nicht auch möglich sein?

nichts am Hut haben. Die Annahme der Initiative würde fundamentalistischen Strömungen Auftrieb verschaffen und den Religionsfrieden gefährden – das ist wohl das letzte, was wir wollen. Niemand macht die Schweiz zum Aussenposten der islamischen Welt, nur weil er sich

gegen die Minarett-Initiative engagiert. Aber solch billige Ausgrenzungspolitik überschreitet einmal mehr den Anstand und die Sitten unseres Landes. Und diese müssen bewahrt werden! Wer zur Schweiz steht, sagt NEIN zu dieser unschweizerischen Initiative!

Wahl und Abstimmungen vom 29. November 2009

KANTONALE WAHLEN:

DANIEL JOSITSCH in den Regierungsrat

... weil mit ihm die sozialen und ökologischen Stimmen im Regierungsrat gestärkt werden. Angesichts der aktuellen Herausforderungen eine absolute Notwendigkeit (siehe Artikel auf den Seiten 3 und 4).

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN:

NEIN zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

... weil die Initiative diskriminierend ist, gegen die Bundesverfassung verstösst, den Extremismus fördert und dem Ansehen der Schweiz in der Weltgemeinschaft schadet (siehe Artikel oben).

JA zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

... weil sich nur glaubhaft in der Friedensförderung engagieren kann, wer nicht gleichzeitig Waffen exportiert. Die bisherige Praxis ist viel zu larsch und muss deshalb geändert werden (mehr Informationen unter www.gsoa.ch)

STIMMFREIGABE zum Bundesbeschluss Spezialfinanzierung im Luftverkehr

... weil die Vorlage zwar einen Schritt in Richtung Kostenwahrheit im Luftverkehr ist, gleichzeitig aber nicht klar macht, wie die Umweltkosten des Luftverkehrs abgegolten werden sollen.

KOMMUNALE ABSTIMMUNG:

JA zum Kredit Turnhalle Freiestrasse

... weil damit der Turnunterricht für alle Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden kann.

Veranstaltungskalender

10.11. «MENAGE A TROIS» IM HUT

Die beiden Musiker Bernhard Göttert (Cello) und Ekkehard Sassenhausen (Saxophon) laden jeweils am zweiten Dienstag eines Monats einen Gast aus verschiedensten Kunstrichtungen ein – was dann zu einer spannenden «Ménage à trois» führt.

Zweite Veranstaltung (Dienstag, 10.11.):
Gustatorischer Abend mit Sommelier
Jürg Fischer, der in musikalischem Rahmen
die Hausweine vorstellt und prüft.

20.30 Uhr, Kaffee- und Weinbar «Zum Hut»,
Bahnhofstrasse 18, Eintritt Fr. 25.--

15.11. KINO: JUST ANOTHER LOVE STORY

Film von Ole Bornedal
Dänemark 2007 OV. d/f 100'

Mit JUST ANOTHER LOVE STORY legt der dänische Top-Regisseur Ole Bornedal ein poetisches und ästhetisches Meisterwerk vor: Keine klassische Dreiecksgeschichte, sondern die Story einer Amour fou im Gewand eines Noir-Thrillers. Bornedal schildert die fatalen Folgen eines Identitätswechsels in epischen Bildern und mit packender Drastik. Ein Film über den heimlichen Traum, in die Rolle eines anderen zu schlüpfen, um glücklicher und aufregender zu leben.

Otopia, 18.30 und 21 Uhr, Braschlergasse 10

19.11. JAZZ: SINA & STUCKY

mit Sina und Erika Stucky



Beide haben grossen Erfolg mit dem, was sie machen: die Mundart-sängerin Sina und die Jazzsängerin Erika Stucky – zwei Powerfrauen aus dem Wallis. Jetzt präsentieren sie ein Programm, das neue Wege geht: Toluheischis Vortäbu (übersetzt:

des Tobelhausens Vorleben). Im Mittelpunkt stehen selbstgedrehte Super-8- und Videofilme, die live vertont werden. Sina & Stucky auf der Suche nach ihrer verlorenen Mutter in einer Walliser Kapelle. Sina & Stucky entführt von den Löschtentaler Tschäggätä. Sina & Stucky als Bondgirls in einem Istanbul Hotel. Die Konzerte von sind eine Mischung aus Popshow, Kabarett, Jazzabend und Trash-Event.

20.30 Uhr, im Jazz-Container
Eintritt 30.– / 20.–, Türöffnung: 19.30 Uhr

22.11. KINO: VACLAV

Film von Jiri Vejdelek
Tschechien 2007 OV d/f 90'

Eine Tragikomödie von wunderbarem Humor, der zu Herzen geht, knochentrocken und zärtlich zugleich! VACLAV erzählt die Geschichte wie aus dem halb-autistischen Dorftrottel Václav ein inhaftierter Verbrecher wird. Basierend auf einer wahren Geschichte, die sich während der grossen Amnestie von Präsident Havel Anfang der 90er ereignete. Ein Film über Mutterliebe, Bruderhass und über das Geheimnis eines Vaters. Der Mittvierziger Václav Vingl lebt mit seiner verwitweten



Mutter am Rande eines kleinen tschechischen Dorfes; er ist halb autistisch und gilt als «Dorftrottel». Mit seinem auffälligen Benehmen ist er für die Dorfgemeinschaft ein ständiges Ärgernis. Besonders angespannt

wird das Verhältnis der beiden Brüder als sogar Franticeks Freundin Lida Gefallen an dem wilden, aber doch charmant unschuldigen Václav findet. Der Hass der beiden Brüder explodiert. Václav muss die Konsequenzen für seine Taten tragen und die Dorfbewohner müssen Stellung beziehen und in den eigenen Spiegel sehen.

Otopia, 18.30 und 21 Uhr, Braschlergasse 10

29.11. DAS BÜCHERJAHR 2009

Literarische Matinée

«Ein Raum ohne Bücher ist wie ein Körper ohne Seele», soll einst Cicero gesagt haben. Eine deutliche Aufforderung, unsere Zimmer mit Büchern zu füllen! Aber mit welchen? Andrea Schwarz Steiner, Hans Dänzer und Hans Wuhrmann helfen uns, aus der Fülle an Neuerscheinungen lesenswerte Bücher zu finden. Sie stellen zwölf belletristische Publikationen aus dem Bücherjahr 2009 vor. Für alle Teilnehmenden liegt zudem eine ausführliche Literaturliste vor. Auf dass wir nicht nur gefüllt, sondern auch beseelt werden

Otopia, Braschlergasse 10
10.30 Uhr, Türöffnung 9.45 Uhr
Fr. 15.-- / Ermässigungen: KGU-Mitgl., Legi

29.11. WAHL und ABSTIMMUNGEN

DANIEL JOSITSCH in den Regierungsrat
(lesen Sie dazu die Seiten 3 und 4)

Edgenössische und
Kommunale Abstimmungen
(siehe unsere Parolen auf Seite 11)

29.11. KINO: CHERI

Film von Stephen Frears
Grossbritannien 2009 E d/f 90'

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist Paris das mondäne Zentrum der Welt. Die Künstler, die Mode, Theater und Musik – hier ist man schon immer etwas weiter. Berühmt ist Paris aber auch für seine Kurtisanen, Frauen, die so schön, geistreich und erfahren in der Kunst der Liebe sind, dass Kronprinzen, Herzöge und Industriearbete sich ihr Vergnügen viel Geld kosten lassen. Eine von ihnen ist Léa, die sich mittlerweile ein angenehmes Leben leisten kann und sich aus dem Gewerbe zurückgezogen hat. Zum Lunch hat sie sich mit ihrer alten Kollegin Mme Peloux verabredet, die aber kommt nicht allein. In ihrer Begleitung ist ein junger Mann, der sich als ihr Sohn herausstellt. Chéri, so nennt ihn seine Mutter, sieht blendend aus und geniesst das sorgenfreie Leben einer wohlhabenden Jugend. Das ist der Anfang einer tragischen Geschichte, bei der es nur Verlierer geben kann.

Otopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

06.12. KUFKI – KINDERTHEATER

Melvin's Stern
Mit dem Figurentheater Arcas



So schrecklich gerne hätte der kleine Engel Melvin einen eigenen Himmelsstern gehabt, um den er sich kümmern könnte! Und wirklich, eines Tages, ein paar Jahrhunderte vor Weihnachten, ging sein Wunsch in Erfüllung. Was er aber nicht ahnte war, dass sein Stern ein ganz Besonderer sein würde.

Nach dem Buch von Nathan Zimelman und Anette Bley. Ein feinfühliges, wunderbares Theater für vor den Festtagen, gebracht im purpurnem Sack des Samichlaus...

Spiel und Ausstattung: Leon Malan und Marion Malan-Pfaffen.

11 Uhr, Schulanlage Pünt, Zürichstrasse 11
Billette: [www.kufki.ch / kinderkultur@kufki.ch](http://www.kufki.ch/kinderkultur@kufki.ch)

08.12. «MENAGE A TROIS» IM HUT

Die Musiker Bernhard Göttert (Cello) und Ekkehard Sassenhausen (Saxophon) laden jeweils am zweiten Dienstag eines Monats einen Gast aus verschiedensten Kunstrichtungen ein – was dann zu einer spannenden «Ménage à trois» führt.

Dritte Veranstaltung (Dienstag, 8.12.):
Möglichkeiten - Improvisationen - Veränderungen - Retrospektive verknüpft mit Perspektive.
Gast ist Francisco Obieta aus Buenos Aires, wo er Kontrabass, Komposition und Direktion studierte. Heute ist er in vielen Bereichen der Musik tätig, was viele Schallplatten, CDs, TV- und Radioaufnahmen dokumentieren.

20.30 Uhr, Kaffee- und Weinbar «Zum Hut»,
Bahnhofstrasse 18

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI
FOTOGRAFIE
AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen
apfelbaum

Ihre 20 Lieblings-Bio-Produkte
des täglichen Bedarfs zu
attraktiven bütschgi-Preisen!

Öffnungszeiten: Mo – Fr von 9 - 12.15
und 14 - 18.30 Uhr, Sa von 9 - 16 Uhr

Zentralstrasse 18, 8610 Uster
Telefon 044 941 42 46

Mail: laden@oepfelbaum-uster.ch
Homepage: www.oepfelbaum-uster.ch

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

L'inganno:

La Svizzera, il problema libico e i limiti della diplomazia

Di Claudio Marseglia

I guai si susseguono senza sosta. La Svizzera, dopo i disastri finanziari che l'anno afflitta nell'ultimo anno, si trova a confrontarsi con il problema libico. Tempo fa, il figlio del dittatore libico Gheddafi fu arrestato dalla polizia ginevrina per aver picchiato i suoi servitori; così si usa in uno stato di diritto. Dello stesso avviso non fu la Libia, rappresentata dal padre dell'arrestato. Per Gheddafi senior è stato impossibile capire, e soprattutto accettare, che suo figlio sia potuto essere inquisito e punito per un reato inesistente (evidentemente per lui picchiare un servitore è un atto normale!). Sono cominciate le proteste, le minacce del ritiro dei capitali libici in Svizzera, le richieste di punizione dei poliziotti e delle autorità implicate e poi, visti che dopo tanti sforzi i risultati erano insoddisfacenti per le autorità libiche (leggi Gheddafi senior), si è proceduto al fermo, con scuse risibili e difficilmente comprensibili, di due uomini d'affari svizzeri.

Un po' di storia

Io non sono razzista, però...; questa frase l'ho sentita spesso da persone che volevano prendere le distanze o sottolineare atteggiamenti o comportamenti riprovevoli di altre persone di origine straniera.

Non sono razzista, però sarebbe il caso di ricordare all'onorevole Merz con chi ha a che fare! Il «signor Gheddafi» è quell'individuo che all'epoca della sua ascesa al potere (leggi colpo di stato) si distinse per aver cacciato una moltitudine di cittadini italiani che ivi risiedevano da almeno mezzo secolo, essendo la Libia divenuta colonia italiana dopo la guerra italo-turca del 1911. I nostri compatrioti furono cacciati senza poter portare con se nemmeno uno spillo! Negli anni ottanta del secolo scorso, la Libia si distinse per il suo appoggio al terrorismo arabo. Gli USA, stanchi di provocazioni verso Paesi alleati (lanci di missili verso Pantelleria e sequestro arbitrario di pescherecci italiani), e forti della scoperta dell'autore libico della bomba che fece cadere un aereo americano in Scozia con centinaia di vittime, decisero di bombardare la casa del «povero» Gheddafi facendo vittime nella sua fami-



glia. Capita l'antifona, l'aspirante leader del mondo arabo si dette una calmata e, a parte una piccola guerra persa con il Ciad, se ne stette più o meno buono, fino a quando il rialzo del prezzo del petrolio lo rese sicuro di poter assumere un ruolo nell'Olimpo dei Grandi.

Le armi della diplomazia

Penso che le armi della diplomazia siano sprecate ed inutili se usate nei confronti d'individui avvezzi all'uso del bastone, gente per cui il dialogo e le normali usanze fra paesi civili sono intese

come debolezza. Prova ne è che non solo i due ostaggi sono rimasti in Libia, nonostante le scuse del Presidente della Confederazione Elvetica, ma il dittatore africano ha fatto richiesta all'ONU di smembrare la Svizzera in tre regioni linguistiche e annetterle ai Paesi confinanti, definendola «una mafia mondiale»!

A conclusione di tutto questo mi sento di poter dire che è importante saper come dialogare con la controparte, altrimenti oltre alla beffa si cade nel ridicolo e questo per un politico equivale alla morte.

La Carta d'Identità digitale arriva in Italia

La sperimentazione ha avuto inizio nel 2001, coinvolgendo 56 Comuni italiani, e finirà nel 2009. La Carta di Identificazione Elettronica è destinata a svolgere nel prossimo futuro la duplice funzione di documento di riconoscimento e di carta servizi.

Il nuovo documento personale di riconoscimento rilasciato dal Comune, ha validità cinque anni dalla data del rilascio e, come la precedente versione cartacea, è valida anche per l'espatrio. Il tempo di emissione di ogni documento è di 20 minuti circa, su di essa sono impresse le seguenti generalità: cognome e nome; luogo e data di nascita; numero dell'atto di nascita; sesso; altezza; codice fiscale; indirizzo comune di residenza; cittadinanza.

Nella carta devono inoltre essere contenute le seguenti informazioni: la dizione della Repubblica Italiana; il comune di rilascio del documento; il numero assegnato al documento; la fotografia del titolare, il cui formato deve essere 23x28 mm a colori e non sarà più necessario fornire le foto tessere, in quanto verranno acquisite direttamente in fase di rilascio; data di emissione e scadenza del documento; validità per l'espatrio o eventuale annotazione in caso di non validità; firma del titolare.

Il costo di emissione della Carta di Identificazione Elettronica è stato fissato a Euro 20,00, cui vanno sommati i costi sostenuti dal Comune.

La fine della sperimentazione prevista per il 2009, quando tutte le vecchie carte d'identità in forma cartacea saranno sostituite dal nuovo formato. (Comunicato)

FORUM Redazione:

Valerio Modolo, Claudio Marseglia,
Carmela Christen Damante,
Italo Conte, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster

Soluzione finta per un problema inesistente

L'iniziativa contro i minareti è populismo del più scadente. Tanto per cambiare. Il partito di estrema destra usa l'iniziativa per i propri bisogni di pubblicità e per farsi vedere attivo dai propri membri.

A cosa mira l'iniziativa? L'Udc vuol far credere che sta affrontando un problema scomodo e mostra i muscoli a „quelli“ – a quei musulmani – per fargli capire di chi è il compito di chiamare i fedeli a messa. Ancora una volta si fissa su un gruppo di origine straniera – a chi toccherà la prossima volta?

Nota superflua nella costituzione

La costituzione e la giurisprudenza svizzera valgono ovviamente per le musulmane ed i musulmani che vivono qui come per tutti gli altri abitanti del nostro paese. Non c'è da temere perciò che da noi sia introdotta la sciarra. Contemporaneamente nella costituzione sono garantiti a tutti i cittadini di questo paese i diritti fondamentali e tra loro la libertà di religione, e ciò da oltre 150 anni. Che rimanga così anche in futuro.

Non è da svizzeri

Gli iniziatori pensano di dover vietare la costruzione di minareti in Svizzera perché nemmeno in alcuni paesi arabi è permessa a cristiane e cri-

stiani la piena libertà di religione. Che razza di argomento è questo? Proprio perché criticiamo ciò in altri paesi, non dobbiamo abbassarci allo stesso livello. Non è né attendibile né da svizzeri. Fa parte della nostra tradizione vivere giornalmente schiettezza e tolleranza, dimostrandolo pubblicamente. Sono questi i valori che hanno fatto della Svizzera quello che è oggi.

Gregari degli estremisti

Con il divieto dei minareti gli iniziatori vogliono combattere l'islam fondamentalistico. Raggiungono invece esattamente il contrario. Il divieto dei minareti sarebbe una bella sorpresa per le musulmane e i musulmani che vivono in Svizzera e offenderebbe anche quelli tra di loro che non condividono assolutamente il radicalismo e il fondamentalismo. Accettare l'iniziativa incrementerebbe le correnti fondamentalistiche e metterebbe in pericolo la pace religiosa – e ciò è l'ultima cosa che vogliamo.



Nessuno fa della Svizzera un satellite del mondo islamico solo perché prende parte contro l'iniziativa per il divieto dei minareti. Questa politica terra terra, populistica ed emarginante trasgredisce ancora una volta la decenza e i costumi del nostro paese. E sono questi i valori da difendere! Chi dice di sì alla Svizzera dice di no a questa iniziativa non degna del nostro paese.

Andy Tschümperlin

Ex-usteresi: incontro a Conegliano del luglio 2009 progettato per il 2011 a Uster

Non si direbbe, ma costantemente i fratelli Paradiso s'impegnano per incontrare a Conegliano, provincia di Treviso, oltre 200 partecipanti ed ex usteresi.

Di Italo Conte

Ancora una volta Pietro, Vincenzo e Antonio Paradiso, sono partiti da Uster per incontrare molti ex usteresi, in gran parte trevisani e friulani, che hanno vissuto e lavorato a Uster negli anni 60 fino alla fine del 1975.

A partire da questa data storica molti nostri connazionali sono rientrati nel loro paese d'origine, ma hanno lasciato le loro tracce qui a Uster.

Durante l'incontro, tenuto presso il Ristorante Primavera, erano presenti molti ex presidenti della Colonia Libera di Uster, come Bocconi e Blessano, che non poteva mancare, avendo dato un gran contributo come consigliere, e anche Biasi Toni, uno dei primi allenatori della squadra di calcio della "CL". Proprio in quegli anni per la Colonia era importante portare avanti oltre le



Da sinistra a destra: il segretario comunale Hansjörg Baumberger, Enzo Paradiso, Antonio Paradiso, il sindaco Martin Bornhauser, Pietro Paradiso.

varie attività anche quella del calcio: Molte sono state le medaglie ben meritate portate a casa grazie allo spirito sportivo e alla buona volontà dei

nostri ex usteresi. Il 7 luglio 2009 c'è stato l'incontro presso la maestosa sala del municipio di Uster, al quale hanno partecipato i fratelli Paradiso, il segretario comunale Hansjörg Baumberger e il sindaco Martin Bornhauser.

Durante questo storico incontro si è avanzata la proposta, già discussa ed elaborata con tutti gli ex usteresi a Conegliano, di ritrovarsi nell'occasione del trentennale e di festeggiare però nel territorio Elvetico, esattamente ad Uster. Con certezza sarà un grande impegno per tutti quelli che durante questi anni hanno tenuto viva questa iniziativa. Anche il sindaco Bornhauser si è espresso molto interessato, rilasciando una conferma da parte della città, di collaborare e sostenere questo appuntamento storico. Lo stesso impegno si spera anche da parte della Colonia Libera Italiana di Uster, che finora non ha mai dimenticato i suoi ex soci e i consiglieri che hanno dato un gran contributo negli anni passati.

Facciamo i migliori auguri per un buon lavoro! L'appuntamento è al 2011 presso la città di Uster.



Un Centro per amico?

Nuove problematiche da affrontare per il rinnovo della sede nella Bankstrasse.

Gli italiani in Svizzera rappresentano la comunità più numerosa: oggi si è arrivati alla quarta generazione. Certo la situazione rispetto agli anni 50 e 60 è molto cambiata. Gli italiani parlano bene la lingua locale e molti svolgono lavori di responsabilità nel contesto sociale e politico svizzero.

Di Carmela Christen Damante

Il mondo dell'emigrazione italiana fu caratterizzato dalla nascita di associazioni come le Colonie Libere Italiane, le ACLI e le Missioni Cattoliche a sostegno dell'inserimento sociale e culturale nel paese ospitante. Per chi era appena arrivato, esse rappresentavano un punto importante di riferimento. Queste associazioni erano rappresentate da italiani provenienti sia dal sud che dal nord. L'incontro e la diversità di cultura e mentalità erano motivo di confronto e di conoscenza tra le varie regioni, accomunate tutte dallo scopo di aiutarsi, per evitare un isolamento che allora era quasi forzato, data la difficoltà di essere accettati dalla gente del luogo. Infatti, nonostante il boom economico e la gran richiesta di manodopera, i lavoratori stranieri erano considerati una presenza temporanea. Chi giungeva in Svizzera, doveva però rispettare le regole e imparare la lingua. E proprio a sostegno di questa integrazione che le associazioni in Svizzera svolsero, in questo contesto, un ruolo molto importante.

I Centri Culturali Italiani

La prima generazione d'emigranti, giunti in Svizzera nel secondo dopo guerra, aveva poche

opportunità formative e doveva lavorare duro. Nasce l'esigenza di un luogo dove ritrovarsi, un punto di riferimento per riunirsi, da queste nascono i Centri Culturali Italiani. Il Centro Italiano a Uster si forma alla fine degli anni 80, grazie al sostegno di 23 associazioni, tra cui la Colonia Libera Italiana, che avvalendosi della collaborazione di Enti di formazione professionali come l'ECAP, danno il via a corsi linguistici e di formazione professionale che consentono un'integrazione positiva a livello sociale. La Colonia di Uster si fa promotrice affinché il Comune possa venire incontro alle esigenze di locali adatti a questo scopo. Si riesce ad ottenere l'uso di una costruzione in legno situata nella Bankstrasse, sotto i binari che precedono la stazione. Il Comune s'impegna a sovvenzionare le spese di ristrutturazione del locale. Oggi sono 14 le associazioni firmatarie che partecipano alla gestione, ma molte di queste sono solo nominative.

Un'oasi ricreativa

Attualmente la funzione del suddetto centro non assolve più le mansioni iniziali. Molte tra le associazioni originarie, per esigenze diverse, hanno creato nuove sedi, ed oggi il centro risente della trascuratezza, sia da parte del Comune sia da parte di chi lo gestisce. Tante sono le problematiche che si dovrebbero affrontare: prima di tutto dare il via ad un rinnovamento totale, par-



tendo dal rifacimento della facciata. I locali sono pervasi da un forte sentore di muffa e umidità, che impregna chi lo visita, difficile da togliere. Sembra più un ritrovo per chi vuole passare un paio d'ore bevendo una birra e giocando a carte. Non basta la volontà nel dire che ci si deve muovere per fare qualcosa, il centro oggi ha bisogno di fatti concreti e impegni seri sia dal Comune sia dalle associazioni che ne fanno parte. Il centro si trova in una posizione centrale del paese, quindi facilmente raggiungibile, e inoltre nella parte posteriore gode di un giardino bellissimo, circondato da stupendi alberi di kiwi, fichi ed altre piante mediterranee che potrebbero far del centro una piccola oasi ricreativa per tutti quelli che amano ritrovarsi per condividere idee culturali, politiche e sociali, ma anche solo per fare una bella chiacchierata davanti ad un buon caffè italiano: l'amico del nord che incontra l'amico del sud o l'amico dei Balcani con allegria e rispetto reciproco. Utopia?

In votazione popolare il prossimo 29 novembre.

Iniziativa per il divieto di esportare materiale bellico

Il prossimo ventinove novembre, il popolo svizzero sarà chiamato alle urne per esprimersi sul decreto federale concernente la creazione di un sistema di finanziamento speciale per compiti connessi al traffico aereo, sull'iniziativa popolare «Contro l'edificazione di minareti» e su un'altra iniziativa popolare «Per il divieto di esportare materiale bellico», che tratteremo in questo articolo.

Di Valerio Modolo

L'iniziativa «Per un divieto di esportare materiale bellico» fu depositata a Berna il 27 settembre del 2007 correlata da 109'000 firme valide. Questa iniziativa lanciata dal Gruppo per una Svizzera senza esercito, è sostenuta anche da 35 organizzazioni e partiti, tra cui i socialisti e i verdi.

I promotori dell'iniziativa chiedono di ancorare nella costituzione federale, il divieto di esportazione e transito attraverso la Svizzera di materiale bellico.

Il divieto comprende anche le tecnologie che possono servire alla produzione d'armi, ma non gli strumenti per lo sminamento umanitario come pure le armi per la caccia e per lo sport, se sono utilizzate a tale scopo. Il testo stabilisce che se l'iniziativa fosse approvata in votazione popolare, la Confederazione dovrebbe sostenere le regioni e i dipendenti colpiti dal divieto, mentre le aziende d'armamento dovrebbero essere trasformate in imprese civili.

Per i promotori è giunto il momento di «porre fine al commercio della morte» grazie al quale fabbricanti e fornitori in Svizzera realizzano profitti sulle spalle delle vittime dei conflitti.

La Svizzera deve imboccare la strada per una forte politica di pace, sostenere promuovere gli sforzi internazionali nel campo del disarmo e del controllo degli armamenti. Sempre secondo i



promotori, una gran parte delle esportazioni di materiale bellico finisce in mano a paesi che partecipano alla guerra per accaparrarsi le fonti di materie prime come in Iraq o in Afghanistan. La Svizzera ha esportato nel 2008 materiale bellico per un importo totale di 720 milioni di franchi.

Aspetto economico contro aspetto umanitario

Il governo svizzero per voce del ministro dell'economia Doris Leuthard, pur condividendo l'ideale di pace, respinge l'iniziativa definendo questa via sbagliata per raggiungere tal fine.

L'esecutivo si oppone per tre motivi essenziali: La sopravvivenza dell'industria d'armamento svizzera sarebbe messa seriamente in pericolo, l'enorme conoscenza tecnica andrebbe perduta, i costi per la Confederazione sarebbero insostenibili, ha sintetizzato la consigliera federale. Sempre secondo Doris Leuthard, l'industria svizzera di materiale bellico dipende fortemente dalle esportazioni, senza questi introiti i fabbricanti svizzeri sarebbero costretti a chiudere o ad

trasferirsi all'estero. L'economia svizzera sostiene la presa di posizione del governo ed invita a respingere l'iniziativa come nel 1997. Economistesuisse e l'unione svizzera delle arti e mestieri hanno sottolineato che le normative attuali in Svizzera in materia di armamenti, sono sufficientemente severe, un divieto totale delle esportazione cancellerebbe migliaia di posti di lavoro e nuocerebbe alle capacità di innovazione della Svizzera.

Gli argomenti dei promotori riguardano soprattutto l'aspetto umanitario del problema e sotto questo punto di vista sono condivisibili, mentre per il governo e l'economia, l'aspetto più importante è quello finanziario e in secondo luogo quello dell'eventuale perdita di posti di lavoro. Forse, un'iniziativa meno drastica e più mirata sugli aspetti negativi e sulle conseguenze dell'esportazione di materiale bellico a determinati paesi, avrebbe avuto migliori possibilità di essere accettata, ora tocca al popolo svizzero decidere in merito.